

Kritik an Großleitstelle wächst

Prognostizierte Kostenentwicklung zeigt, dass eigene Einrichtung günstiger wäre / Politik will dem nachgehen

VON ANNIKA LÜTJE

Delmenhorst. Es sollte alles einfacher und günstiger werden, doch es kam anders: Die Kooperative Großleitstelle Oldenburg (KGO), die seit dem 14. August 2012 auch die Notrufe aus Delmenhorst koordiniert, hat sich als Kostenfresser mit vielen Fehlern entpuppt. So lässt sich die mehrheitliche Meinung aus der Politik zusammenfassen. Einige Politiker halten den Anschluss an die KGO inzwischen für eine „Fehlentscheidung“.

Und diese Einschätzung wurde durch den jüngsten Ausschuss für Gesundheit, Verbraucherschutz und Gefahrenabwehr nur verstärkt. Denn dort legte die Verwaltung eine Kostenentwicklung der KGO vor, die bereits in den Haushaltsberatungen von der Politik eingefordert worden war. Zum Vergleich lieferte die Verwaltung auch gleich eine Kalkulation für eine eigene Leitstelle mit.

Demnach ist die KGO in ihrem Startjahr 2012 mit 525.983 Euro zu Buche geschlagen, im Jahr 2014 hat sie die Stadt 588.503 Euro gekostet, und für dieses Jahr werden bereits 676.000 Euro veranschlagt. Für eine eigene Leitstelle hätte man laut der Verwaltung im Jahr 2012 wohl 653.439 Euro ausgeben müssen, 2014 wären 682.445 Euro fällig gewesen, und für dieses Jahr hätte man mit 716.568 Euro rechnen müssen. Für die KGO prognostiziert die Verwaltung für 2019 Kosten von 806.308 Euro – für eine eigene Leitstelle 857.105 Euro. Doch im Laufe des Jahres 2021 wird es interessant. Denn dann – und das zeigt in der Ausschussvorlage statt eines Zahlenwerks nur noch ein Diagramm – wendet sich das Blatt: Eine eigene Leitstelle würde langfristig günstiger ausfallen als die KGO.

Zwar betonte Petra Gerlach, Fachbereichsleiterin für Gesundheit, Verbraucherschutz und Gefahrenabwehr, dass es sich bei der Kostenentwicklung einer eigenen Leitstelle um fiktive Zahlen handele. Dennoch veranlassten sie die Ausschussmitglieder, aufzuhören. Andreas Neugebauer, Fraktionsvorsitzender der Piraten, fand, dass es sich bei den Kosten für die KGO um „eine Menge Geld für eine nicht optimale Leistung“ handle und man mit dem vorherigen Zustand „besser bedient“ gewesen sei. So sah es auch Deniz Kurku (SPD).

Marianne Huismann (Grüne) findet die voraussichtliche Kostensteigerung für die KGO auf Nachfrage „ziemlich happig“: „Dem muss man unbedingt mal auf den Grund gehen“, sagte sie. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Murat Kalmis schlug sogar vor, „die Reißleine“ zu ziehen. „Die Kostenentwicklung war vorprogrammiert“, ergänzte er. So weit wolle Kristof



In der Kooperativen Großleitstelle Oldenburg (KGO) werden die Notrufe aus sechs Kommunen koordiniert – darunter auch die aus Delmenhorst. Doch den Anschluss und die Einrichtung bereuen die einen oder anderen Politiker inzwischen.

FOTO: DPA

Ogonovski, Fraktionsvorsitzender der CDU, noch nicht gehen. „Aber die Erwartungen an die KGO in Bezug auf Kosteneinsparungen sind nicht erfüllt worden. Wir müssen uns Gedanken machen und uns mit der Verwaltung zusammensetzen. Vielleicht wäre das auch ein Thema für ein interfraktionelles Gespräch“, schlug er vor. Und die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Meyer-Garbe betonte, dass man sich nun intensiv mit dem Thema auseinandersetzen und vorurteilsfrei prüfen müsse, ob eine eigene Leitstelle nicht die bessere und vor allem günstigere Variante sei.

Die KGO wurde für 13 Millionen Euro in Oldenburg gebaut. Im Juli 2012 ging sie nach einigen Verzögerungen in Betrieb, seit August desselben Jahres werden auch die Delmenhorster Notrufe dort koordiniert.

Neben Delmenhorst haben sich die Landkreise Cloppenburg, Oldenburg, Ammerland und Wesermarsch sowie die Stadt Oldenburg der KGO angeschlossen. Die Leitstelle koordiniert ein Gebiet, das über 4000 Quadratkilometer groß ist und in dem mehr als 725.000 Menschen leben.

Von der Großleitstelle erhofften sich die beteiligten Kommunen vor allem Einsparungen. Doch das war von Anfang an nicht der Fall. Die Kommunen mussten seit Baubeginn ihre Anteile an den Betriebskosten zahlen, ohne dass die Leitstelle gearbeitet hätte. Mehrkosten von 500.000 Euro seien so in zwei Jahren zustande gekommen. Zudem tauchten weitere Zusatzkosten in Form von Personal- und Betriebszuschüssen in Höhe von insgesamt 355.000 Euro auf.

Und dann war da noch der Ärger mit den Einsätzen. Die ortsfremden Disponenten im über 30 Kilometer entfernten Oldenburg konnten bei Notrufen die Ortsangaben nicht richtig zuordnen und schickten die Einsatzfahrzeuge zu falschen Adressen, Orte wurden nicht gefunden, zu viele Einsatzkräfte wurden rausgeschickt, manchmal liefen Notrufe auch ins Leere. Das sei nun alles besser geworden, betonte Feuerwehrchef Thomas Simon noch einmal im Ausschuss. Doch die Mängel der Anfangszeit scheinen bei den Politikern bei der Betrachtung der Kostenentwicklung nachzuwirken. „Wir fordern zumindest einen jährlichen Kostenplan für die Großleitstelle“, sagte Uwe Dähne (Unabhängige) und fand bei den anderen Ausschussmitgliedern Zustimmung.

DIE WOCHE

Bittere Pille



Esther Nöggerath über die B212 neu-Einstufung

An der B212 neu scheiden sich die Geister. Jedenfalls, was die verschiedenen Trassenverläufe der geplanten Anschlussstrecke von der A281 in Bremen zur Wesermarsch betrifft. Seit über zehn Jahren streiten die beteiligten Kommunen inzwischen über zahlreiche verschiedene Varianten. An der von den Planern favorisierten Südtrasse stören sich vor allem die Delmenhorster, die dadurch ein deutlich erhöhtes Verkehrsaufkommen in der Stadt befürchten.

Ein Jahrzehnt, so sollte man meinen, sollte eigentlich genug Zeit sein, um sich auf einen tragfähigen Kompromiss zu einigen. Das ist im Fall der B212 neu allerdings nicht geschehen. Ganz im Gegenteil: In einer Konfliktanalyse, die die Niedersächsische Landesbehörde zu Beginn des aktuellen Jahres durch einen Außenstehenden erstellen ließ, hieß es sogar, dass die Hoffnung auf eine gemeinschaftlich getragene Konfliktlösung „deutlich unter 50 Prozent“ liege.

Die logische Konsequenz ist nun, dass die Bundesregierung die B212 neu in ihrem neuen Bundesverkehrswegeplan zurückgestuft hat und anderen Projekten den Vorrang gibt. Sollte die B212 neu auch in der endgültigen Entscheidung zum Jahresende nicht in den „vordringlichen Bedarf“ der Prioritätenliste aufgenommen werden, dürfte es also weitere 15 Jahre dauern, bis die B212 neu überhaupt wieder in Angriff genommen wird. Diese bittere Pille müssen die betroffenen Kommunen dann schlucken, denn ein kompletter Stillstand dürfte wohl kaum im Interesse aller Beteiligten sein.

esther.noeggerath@weser-kurier.de

Dialog endet in aggressiver Auseinandersetzung

Konstruktive Diskussion um Flüchtlingspolitik kommt in der Stadtkirche nicht zustande

VON ANNIKA LÜTJE

Delmenhorst. Zwei Fronten prallten am Donnerstagabend in der Stadtkirche aufeinander: „Anhänger des Breiten Bündnisses gegen Rechts und selbst ernannte „besorgte Bürger“. Zwei von Letzteren hatten wie berichtet Ende Februar mit anonymen Flugblättern zu einer Veranstaltung auf dem Marktplatz aufgerufen, die dem Austausch über die Flüchtlingspolitik dienen sollte, wie die Organisatoren Alexander Pfeifer und Dimitri Zajzev später erklärten. Doch der Inhalt der Zettel hatte den Staatsschutz auf den Plan gerufen, denn die niedergeschriebenen Parolen und Andeutungen über eine in Delmenhorst umgehende Angst klangen nicht nach Austausch. Rund 100 Menschen waren zur Veranstaltung gekommen, die jedoch nach einer halben Stunde wegen mangelhafter Organisation aufgelöst wurde. Stattdessen lud das Breite Bündnis gegen Rechts die Veranstalter zu einem offenen Dialog ein – so nun in der Stadtkirche geschehen.

Das Interesse war wieder relativ groß. 110 Menschen waren gekommen. Nur Pfeifer und Zajzev zeigten sich recht unwillig. Sie warfen dem Breiten Bündnis vor, die Veranstaltung auf dem Marktplatz gestört zu haben und hätten ein Gespräch im kleinen Kreis vorgezogen. Nun fanden sie sich in einer Podiumsdiskussion wieder und nutzten diese, um ihre Position zunächst zu relativieren: „Wir wollten eigentlich den

Menschen eine Möglichkeit geben, einmal laut zu sagen, was sie denken, ohne in eine Ecke gestellt zu werden“, sagte Pfeifer, und weiter: „Wir wollen nicht mit Mistgabeln in Flüchtlingsunterkünfte rennen. Wir wollen mit den Menschen reden, bevor Unterkünfte brennen.“

Zajzev bezog sich auf seine und Pfeifers Herkunft und Identität als Russlanddeutsche: „Ich habe nicht vergessen, dass uns geholfen wurde. Natürlich sollen die Kriegsflüchtlinge unterstützt werden. Aber die Mehrheit sind Kriminelle und Terroristen.“ Christian Glaß und Yadigar Polat, beide Mitglieder des Sprecherrats des Breiten Bündnisses, verwiesen auf Statistiken, die das Gegenteil beweisen, stießen aber bei Pfeifer, Zajzev und ihren Anhängern



Nahmen an der Podiumsdiskussion teil (v. l.): Christian Glaß, Yadigar Polat, Alexander Pfeifer und Dimitri Zajzev.

FOTO: INGO MÖLLERS

auf taube Ohren. So auch Glaß' Ausführungen zu den rechtspopulistischen Aussagen auf deren Flugblättern. „Die waren Interpretationssache. Ich denke nicht, dass die rechts waren“, antwortete Zajzev.

Damit eröffnete er eine aggressive geführte Auseinandersetzung, bei der Drohungen fielen, aber sich auch einige „besorgte Bürger“ selbst entlarvten. „Was ist denn eigentlich rechts?“, fragte einer an Christian Glaß gerichtet und fuhr fort: „Was wollen die ganzen Flüchtlinge eigentlich in Deutschland? Die sollen bleiben, wo sie herkommen und sich um ihr eigenes Land kümmern.“ Daraufhin erfüllte rhythmischer Beifall die Kirche.

Doch einige Anhänger des Breiten Bündnisses hatten recherchiert. „Wenn jemand auf Facebook schreibt „NPD hinter mir, NPD vor, NPD in mir“, ist die Gesinnung klar“, sagte einer. Der Angesprochene erwiderte: „Was ich auf einer privaten Seite poste, ist meine Sache. So einen Scherz kann ich mir in Deutschland erlauben.“

Nachdem mehrere „besorgte“ Frauen riefen, dass sie sich ohne Pfeifferspray nicht mehr auf die Straße trauten, waren aber weder sie noch Pfeifer oder Zajzev bereit, zu erklären, was genau ihre Ängste eigentlich sind. Stattdessen baute Zajzev eine Drohkulisse auf: „Ich habe nicht das Gefühl, dass wir uns auf Augenhöhe unterhalten. So eine Veranstaltung machen wir nicht noch einmal mit, aber wir machen weiter. 300 Leute haben wir schon zusammen.“

Stromkonzession: Politik über Stand informiert

Delmenhorst. Die Entscheidung über die Neuvorgabe der Stromkonzession geht in die Endrunde. Am Donnerstag wurde der Wirtschaftsausschuss wie berichtet in einer nicht öffentlichen Sitzung über den Stand des Bewertungsverfahrens informiert. Beraten wurde der Tagesordnungspunkt jedoch nicht, wie der Ausschussvorsitzende

Deniz Kurku betonte – schließlich läuft die Vergabe streng nach einem Kriterienkatalog ab, den die Politik zuvor erarbeitet hatte. Nähere Angaben gab es zur Sitzung mit Verweis auf das sensible Verfahren nicht. In dem Katalog sind, aufgeteilt in verschiedene Kategorien, alle Kriterien enthalten, die der Stadt für die Vergabe wichtig

sind. Danach wird die Bewertungsmatrix von einem außenstehenden Unternehmen abgeklopft. Die beiden Bewerber erhalten für jedes Kriterium Punkte. Wer die meisten bekommt, erhält den Zuschlag. Als nächstes wird der Verwaltungsausschuss am 6. April informiert, am 26. April muss der Rat die Vergabe absegnen. IKA

IN DIESER AUSGABE

GANDERKESEE

Freibad mit Charakter

Ganderkesee. Wissenschaftler der Universität Vechta haben dem Ganderkeseer Freibad in einer Studie einen unverwechselbaren Charakter bescheinigt. Mit dem Sprungturm, der 50-Meter-Bahn und den großzügigen Liegeflächen sei es eine unentbehrliche und identitätsstiftende Institution, wirke über die Kommune hinaus als Magnet und sollte deshalb in dieser Form erhalten bleiben. Seite 4



LANDKREIS OLDENBURG

Keltisches Spektakel in Hude

Hude. Vom 13. bis 17. April geht es in Hude wieder keltisch zu. Zum zehnten Mal bieten die Celtic Days ein irisches/schottisches Kulturprogramm. Mit dabei sind unter anderem musikalische Gäste wie Ailie Robertson und Julie Fowlis, außerdem gibt es ein breites Workshopangebot. Zusätzlich erwartet die Besucher am 14. April eine Premiere: Es gibt eine Filmvorführung mit prominentem Gast. Seite 5



SPORT

Winkelmann geht neue Wege

Delmenhorst. Im Oktober 2014 zog sich Lara Winkelmann einen Kreuzbandriss zu, um dann nach der Verletzung stärker als je zuvor zurückzukehren. In dieser Woche wurde bekannt, dass die Handballerin den Landesligisten HSG Delmenhorst verlässt, um in der neuen Saison für die SG Friedrichsfehn/Petersfehn in der Oberliga zu spielen. „Ich möchte einfach mal etwas anderes kennenlernen“, sagt die 20-Jährige, der noch fünf Spiele bleiben, um mit Delmenhorst die Klasse zu halten. Seite 10

MIT BASAR UND MUSIK

Frühlingscafé im Gemeindehaus

Delmenhorst. Die Kirchengemeinde Heilig-Geist lädt am morgigen Sonntag, 20. März, ab 15 Uhr zu ihrem traditionellen Frühlingscafé ins Gemeindehaus an der Deichhorster Straße ein. Neben einem reichhaltigen Kuchenbuffet wird laut Ankündigung ein kleiner Basar mit Frühjahrs- und Osterbasarteilen angeboten. Dazu gibt es eine kleine Musik-Einlage von Klavier- und Geigen-schülerinnen. Der Erlös des Nachmittags ist für die Aktion „Brot für die Welt“ bestimmt, teilt die Gemeinde mit. CS

SOZIALVERBAND

VdK-Geschäftsstelle geschlossen

Delmenhorst. Der VdK-Sozialverband macht darauf aufmerksam, dass aus organisatorischen Gründen am Mittwochmittag, 23. März, die Geschäftsstelle an der Koppelstraße 15 geschlossen bleibt. CS

STADTKIRCHE

Trio spielt die „Easter Suite“

Delmenhorst. Die Aufführung eines besonderen Werkes können Musikfreunde am heutigen Sonnabend, 19. März, in der Delmenhorster Stadtkirche erleben: Zu hören ist die „Easter Suite“ des kanadischen Jazz-Pianisten Oscar Peterson (1925-2007), gespielt wird sie von den Bielefelder Jazz-Musikern Olaf Kordes (Piano) und Wolfgang Tetzlaff (Kontrabass) sowie Karl Godejohann (Schlagzeug). Die Passionsmusik in neun kurzen Sätzen wurde nur einmal vom Meister selbst aufgeführt und niemals zu Papier gebracht. Das Trio hat diese Aufnahme mehr als 20 Jahre später in Noten übertragen und führt das Werk seit 2006 wieder auf. Karten kosten 15 Euro (ermäßigt zehn Euro), es gibt sie in der Buchhandlung Jünemann sowie im Kirchenbüro. CS

DIE LINKE

Infos über die Delegiertenwahl

Delmenhorst. Die Mitglieder des Kreisverbands Die Linke treffen sich am kommenden Montag, 21. März, zu ihrer nächsten Mitgliederversammlung. Los geht es um 18.30 Uhr im Slattery's an der Stedinger Straße. Neben dem Kommunalwahlprogramm sowie ersten Überlegungen zur Listenaufstellung steht auch ein Rückblick auf die Regionalkonferenz in Rodenkirchen auf dem Programm. Dort wurden am vergangenen Wochenende die Delmenhorster Lisa Theophil und Ayhan Zeytin als Delegierte für den Bundesparteitag 2016 bis 2017 gewählt. NOE

KORREKTUR

Zahlendreher bei Straßennamen

Delmenhorst. In unserer Freitagsausgabe hat sich im Artikel „Befürworter wollen nicht aufgeben“ über die B212 neu ein kleiner Zahlendreher eingeschlichen. Gemeint war natürlich die L875 (Stedinger Landstraße) und nicht die L785 in Bielefeld. NOE